

Druckzentrum Erfurt GmbH

## »Wir geben nicht auf!«

Von Herbert Schadewald



Zusammentragen, Einstecken von Beilagen und Einzeladressierungen mit Postoptimierung – alles parallel zum Druck. Die Versandabteilung (Symbolbild) einer Zeitungsdruckerei sorgt dafür, dass die Produkte termingerecht ausgeliefert werden.

Erfurts Drucker sind enttäuscht – nicht nur von ihrem Arbeitgeber, sondern auch von ihrem Regierungschef. Nun ja, von einem Konzernboss erwartet kaum ein Arbeiter etwas Gutes. Aber vom Ministerpräsidenten, der dazu noch regelmäßig Parteibeiträge für DIE LINKE bezahlt, hätten sich die 270 Angestellten des Druckzentrums im Stadtteil Bindersleben mehr öffentliche Unterstützung erhofft. »Der hat sich – vorsichtig ausgedrückt – bisher nur bescheiden geäußert«, konstatiert Jan Schulze-Husmann, Tarifsekretär für Druck und Verlage bei der ver.di-Bundesverwaltung. So formulierten der Druckereibetriebsrat und das

Verhandlungsteam nun Mitte Februar einen Brandbrief, damit sich Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow »öffentlich gegen die Schließungspläne der Funke Mediengruppe« wendet.

Der in Essen ansässige Konzern kündigte nämlich im September 2020 an, im Druckzentrum Erfurt am 31. Dezember 2021 alle Maschinen zu stoppen. Für immer. »Natürlich haben wir nach der Begründung gefragt«, erklärt Jan Schulze-Husmann. Doch dem Management im Ruhrgebiet fiel keine nachvollziehbare Argumentation ein. »Die Aussagen waren insgesamt etwas floskelhaft«, erinnert sich Be-

triebsratsvorsitzender Dustin Herterl. So war auch eine mit Zahlen untersetzte Strategie nicht erkennbar. »Man wolle in Thüringen auf eine Digitalstrategie setzen, wurde uns als Begründung genannt«, umreißt der ver.di-Tarifsekretär die Konzernaussage.

Vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) wurde der Komplex unweit des Erfurter Flughafens 1990 mit großem Rummel eingeweiht. Kohl wertete diese Veranstaltung »als Zeichen der Deutschen Einheit«. Seither werden dort die drei großen regionalen Tagesgazetten »Ostthüringer Zeitung«, »Thüringer Allgemeine« und »Thüringische

Landeszeitung« sowie einige Anzeigenblättchen gedruckt. Nacht für Nacht bringen die drei Maschinen hunderttausende Ausgaben hervor. »Es wurde aber nie wieder investiert«, schildert Jan Schulze-Husmann. Die Anlagen wurden und werden auf Verschleiß gefahren. Kein Wunder, wenn die alten Pressen immer häufiger ausfallen. Und für so ein neues Druckwerk müssen schon um die zehn Millionen Euro ausgegeben werden. Angesichts der sinkenden Zeitungsnachfrage will die Funke Mediengruppe GmbH & Co. KG jetzt da schon gar nichts mehr investieren.

**Fortsetzung nächste Seite**

Fortsetzung von Seite 1

## »Wir geben nicht auf!«

In der Tat verringern sich die Auflagen bei den meisten Tageszeitungen enorm. Hatten die drei thüringischen Tageszeitungen im ersten Quartal 1999 zusammen noch weit über 500 000 verkaufter Exemplare, waren es im dritten Quartal 2020 nur noch 200 000. Das Besondere aber in Erfurt ist, dass es dem Betrieb trotzdem wirtschaftlich gut geht. Schließlich ist die Druckerei in Bindersleben die letzte ihrer Art im grünen Freistaat. Die anderen wurden schon alle dicht gemacht. Werden die Essener Konzernpläne Realität, könnte sich Thüringen dann »rühmen«, das erste Bundesland ohne eine eigene Tageszeitungsdruckerei zu sein.

Gleichzeitig würden dann 100 Drucker und 170 Versandhelfer ihren Job verlieren. Ein Umzug nach Braunschweig, wo Funke investieren will, kommt für sie kaum in Frage. Und es steht noch nicht einmal fest, wo die drei regionalen Tageszeitungen ab 2022 gedruckt werden. Die Redaktionen erwarten sogar weiter sinkende Auflagen, weil durch andere Drucktermine die Aktualität leidet. Hinzu kommt der Fakt, dass ein Zeitungsdruck außerhalb von Thüringen die Vertriebskosten jährlich schätzungsweise um mehr als vier Millionen Euro erhöht.

ver.di beauftragte den Münchener Diplom-Volkswirt Thomas Meyer-Fries mit einer Rentabilitätsprüfung. Der renommierte Wirtschaftssachverständige kam zu dem Ergebnis, dass eine Neuinvestition in Erfurt über die Jahre günstiger kommt als eine vom Konzern geplante Verlagerung nach Braunschweig. Konkret: Die Erfurter Druckereischließung kommt dem Funke-Konzern bis 2030 sogar rund fünf Millionen Euro teurer als dessen Fortführung. Dabei wurden sogar die modernisierten Druckmaschinen einberechnet.

Zähneknirschend war Christoph Rütth zum Gespräch von Essen nach Erfurt gereist. Dieser »Experte für innovative journalistische Erlösmodelle« (O-Ton Website der Funke Mediengruppe GmbH & Co. KG) ist Geschäftsführer der Gruppe und wird als »Architekt für digitale Transformation, Konsolidierung und Diversifizierung der Branche« auf der hauseigenen Internetplattform gefeiert. Der

ehemalige Madsack-Manager hatte auch schon in Leipzig eine Druckerei dicht gemacht. »Der hat also Erfahrung«, attestiert Jan Schulze-Husmann. So ließ sich der »absolute Kenner des gesamten Tageszeitungsgeschäfts« (O-Ton Julia Becker, Funke-Gesellschafterin und -Aufsichtsratsvorsitzende) auch nicht von den vorgelegten Wirtschaftsfakten



Jan Schulze-Husmann, Gewerkschaftssekretär bei der ver.di-Bundesverwaltung, zuständig für den Bereich Verlage, Druck, Papier und Industrie.

beeindrucken. Er argumentierte, dass ungewiss sei, wie sich der Auflagenrückgang entwickle und dass deswegen auf digital umgesteuert werden müsse. Punkt. Aus.

Laut »mdr Thüringen«, dem Landessender, sieht Landeswirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) kaum Chancen, die Funke Mediengruppe zum Erhalt des Erfurter Druckzentrums zu bewegen. Dies äußerte er nach einem Gespräch mit dem Funkechef Rütth Mitte Januar.

»Es kann nicht angehen, dass aus Renditegründen ein Standort geschlossen wird«, wettet die thüringische Landtagsabgeordnete Susanne Hennig-Wellsow (DIE LINKE). Schließlich seien regionale Medien »mehr als Profitesel«. Denn »sie leisten einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Grundversorgung der Menschen vor Ort«, argumentiert die Abgeordnete.

Und der Erfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider bezeichnete den Funke-Standpunkt als »die hässliche Fratze des Kapitalismus«.

Inzwischen kamen nicht nur Solidaritätsbekundungen aus

verschiedenen Bundesländern, sondern auch von anderen europäischen Gewerkschaften – so aus Großbritannien, Kroatien, Norwegen, Österreich, der Schweiz, Slowenien und Spanien. In dem Brief von »syndicom«, der größten Kommunikations- und Mediengewerkschaft der Schweiz, heißt es unter anderem: »Da die Maßnahmen ohne klare und nachvollziehbare Begründung ergriffen und die von den Arbeitnehmenden-Vertretungen vorgeschlagenen Alternativen zur Aufrechterhaltung des Betriebs nicht ernsthaft geprüft wurden, sind die Unternehmenspläne aus gewerkschaftlicher Sicht abzulehnen.«

Ähnlich formulierte es auch die österreichische Grafikgewerkschaft GPA. Gleichzeitig appelliert sie an die thüringische Landesregierung, »den langfristigen Schaden zu bewerten, den die Schließung der lokalen Druckerei für die Verbreitung von zuverlässigen und qualitativ hochwertigen Nachrichten verursachen könnte, die mit der Sensibilität und den Werten der lokalen Bevölkerung übereinstimmen«.

Tarifsekretär Jan Schulze-Husmann bedauert, dass durch die Pandemiesituation keine massenwirksamen Aktivitäten möglich waren. Doch das werde sich ändern, sobald es die Möglichkeiten dafür gibt. Neben Demonstrationen und Unterschriftensammlungen werden durchaus auch Streiks in Erwägung gezogen.

Die Druckhausbesetzung gibt sich kämpferisch entschlossen, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen – mit allen gewerkschaftlich relevanten Mitteln. Ihr klares Motto: »Wir geben nicht auf!«. Die Erfurter Drucker bleiben mit Druck am Drucker.

→ Solidaritätsadressen

## Tarif splitter

Jeder bekommt das, was er verdient. Schön wär's. Leider wächst neben der Wirtschaft in Deutschland seit Jahren auch der Niedriglohnsektor. Deshalb muss sich jede und jeder Einzelne für faire Bezahlung in der Arbeitswelt einsetzen. Und am besten zusammen. Vor niedrigen Löhnen schützen vor allem ein gesetzlicher Mindestlohn und Tarifverträge. Sie auszuhandeln, darin sind die Gewerkschaft ver.di und ihre Mitglieder Experten.

Zum 1. Januar 2021 erhöhten sich am »Berliner Ensemble« gemäß Haustarifvertrag die Entgelte der Beschäftigten um drei Prozent sowie um weitere mindestens 50 Euro pro Monat. Das entspricht zusammen einer Steigerung von 4,2 Prozent und mehr.

Tarifvertrag Altenpflege zwischen ver.di und BVAP steht – Mindestentgelt für Pflegefachpersonen steigt in vier Schritten auf über 3000 Euro.

Von Einkommensverlusten infolge der Coronakrise sind überdurchschnittlich oft Menschen betroffen, die schon zuvor eine schwächere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten. Das zeigt eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung. An der Befragung der Stiftung im April und Juni 2020 haben mehr als 6000 Personen teilgenommen.

**Newsletter**  
Verlage, Druck, Papier und Industrie  
für Aktive im Betrieb  
Zum abonnieren hier klicken

# Stilleben auf der Bühne

Von Herbert Schadewald

Der Vorhang will und will einfach nicht aufgehen. Dabei warten »Der Zauberberg« von Thomas Mann, »Die Katze auf dem heißen Blechdach« von Tennessee Williams, »Mercedes« von Thomas Brasch und »Woyzeck Interrupted« nach Georg Büchner auf ihre Premieren. »Die Stücke, die eigentlich rauskommen sollten, haben wir bis zur Generalprobe durchprobiert«, informiert Stefan Koch, Betriebsratsvorsitzender im Deutschen Theater Berlin. Doch wie alle Spielstätten bundesweit bekam auch diese Ende Oktober 2020 erneut eine unbefristete Covid-19-Pause verordnet.

Während des pandemiebedingt politisch angeordneten Spielverbots im Frühjahr 2020 wurde »ein akkurates Hygienekonzept bis ins kleinste Detail ausgearbeitet«, berichtet Stefan Koch. Deshalb wurde die jetzige Stilllegung mit einem »gewissen Unverständnis« aufgenommen, konstatiert er. Damit stehen die 305 Mitarbeiter des Deutschen Theaters Berlin nicht allein. Schließlich liegt die gesamte Kulturbranche jetzt im ungewollten Winterschlaf. »Der Sündenfall war die Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Oktober, auf der man die Kultur als Freizeitbeschäftigung eingestuft hat«, analysierte der freischaffende österreichische Charaktertenor Wolfgang Ablinger-Sperrhacke im Münchener »Merkur«. Der Opernsänger kritisiert, dass »die heutige Politikergeneration« die Kultur »nicht als ein zentrales Erbe der Menschheitsgeschichte« ansehe. »Mit dieser Einstellung wäre es nicht einmal zu den Höhlenmalereien in Altamira gekommen«, argumentiert Wolfgang Ablinger-Sperrhacke im »Merkur«.

Als im Frühjahr 2020 die Bühnen noch geschlossen bleiben mussten, nutzte das Deutsche Theater Berlin seinen Vorplatz, um mit sogenannten Außenbespielungen wieder präsent zu sein. Witterungsbedingt ist das in dieser Jahreszeit kaum möglich. Dabei besitzt das Haus mit seinen maximal 610 Plätzen eine modernisierte Klimaanlage, die innerhalb einer Stunde viermal das gesamte Luftvolumen austauscht. So haben die auf Abstand ver-



**Antikes Amphitheater, Wahrzeichen der syrischen Stadt Bosra. Es wurde im 2. Jahrhundert unserer Zeitrechnung von Römern erbaut und bietet Platz für 15 000 Zuschauer. Seine ursprüngliche Bedeutung verlor das Theater schon 200 Jahre nach der Vollendung der Bauarbeiten.**

teilten Zuschauer faktisch stets dieselbe Luft wie draußen. Doch selbst diese technische Hygienelösung bewahrte auch das 1883 gegründete Theater nicht vor der gegenwärtigen Zwangspause. Außer der Verwaltung und dem Betriebsrat befinden sich alle anderen Mitarbeiter in Kurzarbeit. »Uns ist es gelungen, drastische Einkommensverluste durch Kurzarbeit bereits für das ganze Jahr auszuschließen«, freut sich Gewerkschaftssekretär Hikmat El-Hammouri vom ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie. So konnte mit dem Land Berlin am 19. Januar 2021 ein bis Ende 2021 geltender Kurzarbeitertarifvertrag für die Landesbühnen – Deutsches Theater Berlin/Kammerspiele, Maxim-Gorki-Theater, Theater an der Parkaue und Volksbühne Berlin – abgeschlossen werden. Er legt eine tarifliche Aufstockung auf 100 Prozent des Nettoentgeltes für die Entgeltgruppen 1 bis 10 fest. Die restlichen Entgeltgruppen erhalten 95 Prozent. »Wer aufgrund der Pandemiemaßnahmen zuhause bleiben muss und nicht arbeiten kann, soll nicht mit drastischen Einkommenseinbußen belastet

werden«, sagt Hikmat El-Hammouri.

»Der Tarifvertrag bezieht sich nur auf die technischen Gewerke«, erklärt Theater-Betriebsrat Stefan Koch. Das sind so um die 150 seiner Kollegen, die davon profitieren. Er sieht aber die Kurzarbeiterlösung auch als eine finanzielle Entspannung für das Theater, das einen jährlichen Landeszuschuss von 36 Millionen Euro erhält. Aus dieser Subvention müssen auch die Gehälter bestritten werden.

Doch jetzt fehlen wieder die nicht unwesentlichen Ticketeinnahmen. Die dürften sich bei dem meist sehr gut ausgelasteten Deutschen Theater mindestens in einem sechsstelligen Bereich bewegen. Auch darum wartet die gesamte Branche »auf den Startschuss, um unseren Zuschauern wieder das Vergnügen zu ermöglichen, ins Theater zu kommen«, schildert Stefan Koch.

Offiziell hatten sich ja die Berliner Theaterintendanten mit dem Kultursenator Klaus Lederer auf eine Spielpause bis Ende März geeinigt. »Wenn wir voraussichtlich zu Ostern spielen dürfen, dann

würden wir den Betrieb eine Woche vorher langsam hochfahren«, sagt der Betriebsrat vom Deutschen Theater Berlin. Was dann auf dem Spielplan steht ist noch nicht entschieden. »Aber alle sitzen hier auf Kohlen und wollen wieder anfangen. Die Bereitschaft ist da. Wir wollen wieder richtig produktiv werden«, betont Stefan Koch. El-Hammouri informierte Anfang Februar auch darüber, dass mit der Brandenburgischen Kulturstiftung Cottbus (BKC) ebenfalls eine Tarifvereinbarung mit bis zu 100-prozentiger Nettogeldabsicherung für die beim BKC-Beschäftigten bis Ende 2021 abgeschlossen werden konnte. Nicht nur die Berliner Theater-schaffenden hoffen, dass der Vorhang nun endlich bald wieder richtig aufgeht und dann auch nicht wieder politisch geschlossen wird. Denn »es wurde mehrfach bewiesen, dass die Kultur gar nicht oder nur minimalst am Infektionsgeschehen teilnimmt. Also kann man sie nur im äußersten Notfall zusperrern – und nicht umgekehrt«, appelliert der Opernsänger Wolfgang Ablinger-Sperrhacke.